

Göttweiger Erklärung 2015

Mit dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens vor zwanzig Jahren wurde die Europäische Union auf 15 Mitglieder erweitert und die Grenzen der Union an die früheren Bruchlinien des Kalten Kriegs verschoben. Es war dies bislang auch die einzige Erweiterung in der europäischen Integrationsgeschichte, die das wirtschaftliche Potential der EU gestärkt hatte. Generell ist allen Erweiterungen der Europäischen Union die Stärkung der Zone der politischen Stabilität und Demokratie, der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes in Europa und des wirtschaftlichen Potentials im globalen Wettbewerb gemein. Gleichzeitig stellen neue Herausforderungen das europäische Einigungswerk auf die Probe. Neben der Schaffung neuer Investitionsanreize für die Wirtschaft und der Bekämpfung der hohen (Jugend-)Arbeitslosigkeit, sieht sich Europa Versuchen geostrategischer Machtverschiebungen und neuer Sicherheitsbedrohungen ausgesetzt. Dazu kommt, dass das Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger in die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der EU-Institutionen geschwächt ist. Gerade aufgrund der geopolitischen Entwicklungen bedarf die Frage nach der Akteursrolle und der Bereitschaft der EU, sich auf internationaler Ebene zu engagieren, neuer Diskussionen.

Seit nunmehr zwanzig Jahren befasst sich das Europa-Forum Wachau mit grundlegenden Fragen der europäischen Integration und ihrer Fortentwicklung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft in einem (mittel-)europäischen Rahmen.

Es ist gerade vor dem Hintergrund der skizzierten Herausforderungen notwendig, den Diskurs mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zu vertiefen sowie eine reflektierte Bestandsaufnahme des europäischen Integrationsprozesses vorzunehmen, bei der Lösungsansätze im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger auf nationaler und regionaler Ebene identifiziert werden:

- 1.) Das sicherheitspolitische Umfeld der Union zeichnet sich durch einen zunehmenden Grad an Instabilität und Unberechenbarkeit aus, die unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger haben. Neben den Formen klassischer Bedrohungen, wie militärische Auseinandersetzungen und Verletzungen des Völkerrechts, Migrationsströme auf Grund von Transitionen in der europäischen Nachbarschaft, transnationale Kriminalität, Pandemien, treten allerdings auch neue und kontinuierlicher Veränderung unterworfenen Bedrohungen wie hybride Kriegsführung, der gesamte Cyber- und IT-Bereich sowie globaler Terrorismus verstärkt in den Vordergrund. Um diesen Herausforderungen gerecht begegnen zu können, ist die EU gefordert, sich zu einem wirklichen Security Provider zu entwickeln, um die umfassende Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Europas in einer globalisierten Welt zu gewährleisten. Daher ist eine sicherheitspolitische Vision für Europa als globaler Akteur sowie die Vertiefung der Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich und die Weiterentwicklung und Verbesserung der notwendigen zivilen und militärischen Potentiale erforderlich.

- 2.) Seit dem Jahr 2009 hat die Europäische Union drei makroregionale Strategien für den Ostseeraum, den Donaauraum und für den adriatisch-ionischen Raum verabschiedet. Die Strategie für den Alpenraum befindet sich in der Finalisierung. Es gilt, diesen neuartigen Ansatz weiterzuentwickeln und auch damit die Innovationsfähigkeit Europas weiter zu fördern. Durch die Schaffung von Makroregionen wird auch ein neues Bewusstsein entwickelt und makroregionale Identität erlebbar gemacht. Anhand von konkreten Leuchtturmprojekten in den Regionen selbst, die dort zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand beitragen sollen, muss die bisher noch ungewohnte und teilweise komplexe Form der Zusammenarbeit in den Makroregionen verstärkt und durch Einbindung aller relevanter Stakeholder in den Bereichen Wirtschaft, Umweltschutz, Verkehr oder Kultur weiter vertieft werden.
- 3.) Die neue EU Kommission hat sich als eine ihrer ersten Maßnahmen zum Ziel gesetzt, Wachstum und Beschäftigung zu fördern und die EU als glaubwürdigen politischen und wirtschaftlichen globalen Akteur zu positionieren. Dabei gilt es, den Subsidiaritäts- und Proportionalitätsgeboten entsprechend eine Überregulierung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft zu verhindern. Es ist aber auch notwendig, näher zu definieren, in welchen Bereichen ein Mehr an Europa notwendig ist, um durch eine starke wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auch einen Hebel hin zu mehr Sicherheit und Wohlstand zu schaffen. Ein wirtschaftlich prosperierendes Europa ist Garant für einen nachhaltig gesicherten Wohlstand und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Europas.
- 4.) Kulturelle Zusammenarbeit als eine Form von Soft Power, und damit als Möglichkeit, die Beziehungen zwischen Ländern nachhaltig und zum wechselseitigen Wohl zu beeinflussen, hat in den letzten Jahren wieder zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auch wenn die Kultur weiterhin in der Kompetenz der Mitgliedsländer verbleibt, ist die EU heute bestrebt, als Ergänzung zu den politischen und wirtschaftlichen Anstrengungen der einzelnen EU-Länder, die kulturelle Zusammenarbeit mit Drittländern, und hier vor allem in der unmittelbaren Nachbarschaft, zu verstärken. Gerade auch mit Blick auf die Erweiterungen zeigt sich, dass auch das kulturelle Element zur Attraktivität der Union stark beiträgt. Somit stellt eine Vertiefung der kulturellen Kooperation ein integratives Bindeglied zwischen der Union und ihren europäischen Nachbarn dar.

Ungeachtet der Herausforderungen, denen sich die EU zu stellen hat, ist es notwendig, dass sich die regionale Zusammenarbeit und die Annäherung der Gesellschaften und Kulturen innerhalb der EU und speziell innerhalb Mitteleuropas weiter festigt, um das Projekt Europa auch weiter nach vorne zu entwickeln.